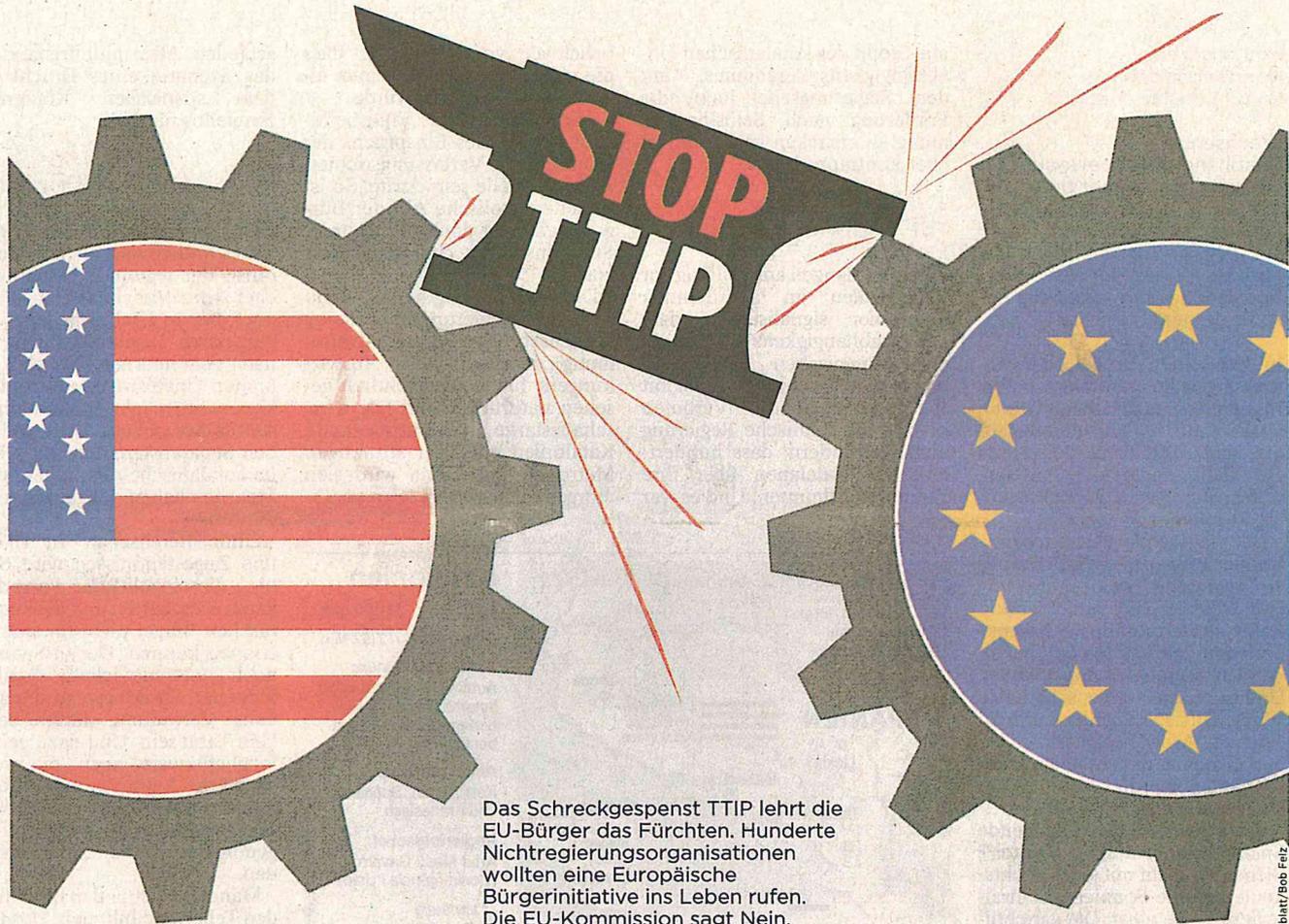


Die Richter sollen es richten

Tageblatt
11.11.14

TTIP Kritiker klagen gegen die EU-Kommission



Das Schreckgespenst TTIP lehrt die EU-Bürger das Fürchten. Hunderte Nichtregierungsorganisationen wollten eine Europäische Bürgerinitiative ins Leben rufen. Die EU-Kommission sagt Nein. Nun klagen die Kritiker vor dem Europäischen Gerichtshof.

Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) Stop TTIP darf nicht sein. Die EU-Kommission will sie nicht als solche einstufen. Als EBI könnten die Kritiker von TTIP Unterschriften sammeln, um der EU-Kommission einen Vorschlag für einen Rechtsakt zu unterbreiten, mit dem sich Brüssel dann auch befassen müsste. Gestern reichten die Verschmähten vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) Klage ein. Der ökonomische Nutzen rechtfertige die Gefahren nicht, die von TTIP ausgehen, sagen die Kritiker.

Illustration: Tageblatt/Bob Feiz

Für ein Recht auf Kritik

Tageblatt M. U. 14

STOP TTIP Bürgerinitiative zieht vor den Europäischen Gerichtshof

Darnien Valvasori

Die Kritikpunkte am Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) und am europäisch-kanadischen Freihandelsabkommen CETA sind vielfältig und tiefgreifend. Hier wird von undemokratischen Verhandlungen und einer Gefahr für Arbeitnehmerrechte sowie für den Verbraucher- und Umweltschutz gesprochen. Die Europäische Kommission scheint in diesem Fall jedoch kritische Stimmen nicht akzeptieren zu wollen.

So hat sie die Europäische Bürgerinitiative (EBI) Stop TTIP als nicht zulässig eingestuft. Gestern reichte diese vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) Klage ein. Knapp 100 Demonstranten, darunter Vertreter von 16 luxemburgischen Organisationen, versammelten sich vor dem EuGH, um gegen die Nicht-Zulassung der EBI gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA zu demonstrieren. Michael Efler, Kontaktperson der EBI, ließ bei der gestrigen Demonstration keinen Zweifel am Kampfegeist der Bürgerinitiative: „Wir lassen uns nicht auf dem Rechtsweg abschieben.“ Mit dieser Aussage spielte er auf die seiner Mei-

nung nach unzulässige Entscheidung der Europäischen Kommission an, welche ihr Urteil auf zwei Argumente stützt. Erstens sei das Verhandlungsmandat zu TTIP ein interner Vorbereitungsakt und kein Rechtsakt. Da sich eine EBI allerdings nur auf eine Unterzeichnung oder einen Abschluss eines internationalen Vertrages richten kann und nicht auf eine Vorbereitung eines Vertrages, sei die EBI unzulässig. Zweitens dürfe eine EBI nur positiv formuliert werden. Da die EBI Stop TTIP jedoch vorschlägt, einen Rechtsakt nicht zu erlassen, sei sie nicht zulässig. Letztere sieht dies jedoch anders. Stop TTIP, welche knapp 300 Bürgerorganisationen vereint, verweist darauf, dass beide Argumentationen in keinen Verträgen, Gesetzestexten oder Bestimmungen zu finden seien.

Besonders der angebliche Zwang, eine EBI positiv zu formulieren, sorgte für Entsetzen. Blanche Weber, Mitglied im Bürgerausschuss der EBI, spricht von einem „Skandal, der die Bürger von der Politik entfernt. So verliert die EU ihre Glaubwürdigkeit“. Auch Efler spricht von „einer Aussperrung der Bürger“. Sollten sich die „Bürokraten und Lobbyisten“ durchsetzen, würde jede EBI laut Efler „zu einem Pa-

Luxemburgische Organisationen zeigen Flagge

An der Demonstration vor dem Europäischen Gerichtshof nahmen insgesamt 16 luxemburgische Organisationen teil:

- Die Nichtregierungsorganisation „Action solidarité tiers monde“ (ASTM)
- Die Gewerkschaft der Bankangestellten Aleba
- Der Bio-Anbauverband „Bio-Lëtzebuerg“
- Der katholische Sozialverband Caritas
- Die Staatsbeamtengewerkschaft CGFP
- Der Dachverband für Entwicklungszusammenarbeit „Cercle de coopération“

- Die Gewerkschaft der Gemeindebeamten FGFC
- Die Gewerkschaft FNCTTFFEL
- Greenpeace Luxembourg
- Die Organisation „natur&environment“
- Die Gewerkschaft OGBL
- Die Gewerkschaft LCGB
- Die Eisenbahnergewerkschaft Syprolux
- Die Umweltvereinigung „Mouvement écologique“
- Der Konsumentenschutz ULC
- Die Organisation der Luxemburger Jungbauern und Jungwinzer

850.000 Unterschriften

Eine Europäische Bürgerinitiative ist eine Aufforderung an die Europäische Kommission, einen Rechtsakt in Bereichen vorzuschlagen, in denen die EU zuständig ist. Eine Bürgerinitiative muss von mindestens einer Million EU-Bürgern aus mindestens 7 der

28 Mitgliedstaaten unterstützt werden. In jedem Mitgliedstaat ist eine Mindestanzahl von Unterstützern erforderlich. In Luxemburg beträgt diese 4.500 Unterschriften. Aktuell hat die EBI Stop TTIP 850.000 Unterschriften. (Quelle: Europäische Kommission)

piertiger“ verkommen. Neben dieser rein juristischen Auseinandersetzung hat man sich bei der gestrigen Demonstration auch um die Inhalte des TTIP gekümmert. „Hier geht es um mehr als um ein Handelsabkommen“, stellte Efler klar. Er warnte unter anderem vor der Absenkung europäischer Standards im Bereich des Umwelt- und Verbraucherschutzes sowie einer Privatisierung des Rechtssystems. Dass private Schiedsgremien öffentliche Gerichte ablösen und Ent-

scheidungen über Schadenersatzzahlungen für Unternehmen fällen sollen, bereitet der Bürgerinitiative große Sorgen. In diesem Kontext spricht sie von einer Aushöhlung des Rechtsstaats.

Blanche Weber warnte vor den politischen Folgen des TTIP: „Solch ein Abkommen schreibt sich in Logik ‚Wir gegen die Anderen ein‘. Dieses Freihandelsabkommen gleicht einem neuen Blockdenken. Der Westen vereint sich gegen China und Russland. Ein gefährlicher Vorgang.“

„Ökonomischer Nutzen rechtfertigt Gefahren nicht“

Michael Efler, Kontaktperson der Europäischen Bürgerinitiative Stop TTIP, nahm gestern an der Demonstration vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg teil. Das *Tageblatt* sprach mit dem Sozialökonom über eine Ausstiegsklausel im TTIP-Abkommen und den wirtschaftlichen Nutzen dieses Abkommens.

Tageblatt: Sie lehnen das TTIP-Abkommen strikt ab, da Sie ein Absenken europäischer Standards sowie eine Aushöhlung der Demokratie fürchten. Hat das TTIP-Abkommen demzufolge überhaupt keine positiven Aspekte?

Michael Efler: Wir stellen natürlich die negativen Aspekte in den Vordergrund. Schiedsgerichte und die Beeinträchtigung von Standards bereiten uns große Sorgen. Die Gefahren überwiegen die neuen Chancen. Trotzdem gibt es in einem solchen riesigen Abkommen immer positive Aspekte, die unumstritten sind, wie beispielsweise eine Vereinheitlichung von Auto-Blinklichtern. Aber es gibt wie gesagt gravierende Einschnitte, die geplant sind wie die Förderung von Schiedsgremien statt öffentlichen Gerichten.

Die deutsche Partei Bündnis 90/Die Grünen schlägt vor, Ausstiegsklauseln in den Vertragstext aufzunehmen, sollte TTIP in Kraft treten, damit Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, auszutreten. Ist das ein Vorschlag, den Sie unterstützen?



Foto: Fabrizio Pizzolante

Michael Efler

Nein, das ist nicht akzeptabel, weil der Druck auf die Staaten zu groß sein wird. Niemand wird die Möglichkeit haben, aus einem ratifizierten Abkommen auszutreten, das ist in der Praxis einfach nicht machbar. Es ist wichtiger, das Abkommen, wie es jetzt vorgesehen ist, zu verhindern.

Was sagen Sie zu Studien des Londoner Centre for Economic Policy Research (CEPR) und des Münchner IFO-Instituts, die durch das TTIP ein Potenzial von rund 119 Milliarden Euro pro Jahr für die EU-Wirtschaft sowie 2 Millionen neue Jobs in den OECD-Staaten vorhersagen? Der Großteil solcher Studien wurde von der EU-Kommission in Auftrag gegeben. Die Studien schieben den Zeitpunkt, bis diese ökonomischen Effekte eintreten sollen, ins Jahr 2027. Es geht also um eine Langzeitbetrachtung unter extrem unrealistischen Bedingungen. So wird unterstellt, dass alle Handelsbarrieren abgeschafft

werden, was bei Handelsverträgen nie vorkommt. Zudem wird nie darüber geredet, dass es große Anpassungskosten geben wird. Gerade in der Landwirtschaft werden viele in Europa erst mal ihren Job verlieren. Ob diese dann einen Job in einer anderen Branche bekommen, ist sehr fragwürdig. Wenn überhaupt wird ein geringer ökonomischer Nutzen bleiben, der aber die Einschränkungen und Gefahren, die auf dem Tisch liegen, überhaupt nicht rechtfertigt.



Gegner der transatlantischen Freihandelsabkommen reichen Klage gegen Nichtanerkennung als »Europäische Bürgerinitiative« ein

Zeitung o.
letz. Vollek
11. 11. 14

»TTIP op den Tipp!«



Unterstützt von 100 Demonstranten aus Luxemburg haben Gegner der geplanten Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) am Montag Klage beim Europäischen Gerichtshof auf dem Kirchberg eingereicht. Das Bündnis, dem mehr als 290 Organisationen aus 23 EU-Staaten angehören, wendet sich gegen eine Entscheidung der EU-Kommission, wonach eine sogenannte Europäische Bürgerinitiative gegen die »Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft« nicht zugelassen wird. Vor dem höchsten EU-Gericht wollen die Gegner nun eine Zulassung erreichen, wie Michael Efler (links im Bild) vom Bündnis »Stop TTIP« erklärte. Efler verwies darauf, daß bereits 863.909 Unterschriften gegen TTIP gesammelt wurden. Das breite gesellschaftliche Bündnis zeige, daß der Protest in vielen Teilen der Gesellschaft verankert sei. »Alle sozialen, umwelt- und Verbraucherschutzpolitischen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte werden mit TTIP wieder in Frage gestellt«, hatte zuvor Blanche Weber vom Mouvement Ecologique gewarnt. TTIP gehöre »op den Tipp«.

»TTIP op den Tipp!«

Gegner der transatlantischen Freihandelsabkommen reichen Klage gegen Nichtanerkennung als »Europäische Bürgerinitiative« ein

Unterstützt von 100 Demonstranten aus Luxemburg haben Gegner der geplanten Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) am Montag Klage beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) auf dem Kirchberg eingereicht. Das Bündnis, dem mehr als 290 Organisationen aus 23 der 28 EU-Staaten angehören, wendet sich gegen eine Entscheidung der EU-Kommission, wonach eine sogenannte Europäische Bürgerinitiative (EBI) gegen die »Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft« nicht zugelassen wird. Vor dem höchsten EU-Gericht wollen die Gegner nun eine Zulassung der Bürgerinitiative erreichen, wie Michael Efler vom Bündnis »Stop TTIP« erklärte.

Efler verwies darauf, daß binnen eines Monats bereits 863.909 Unterschriften (Stand gestern mittag) gegen TTIP gesammelt wurden. »Und das sind nur die Unterschriften, die online gesammelt wurden, die auf Papier haben wir noch nicht ausgezählt.« Das »breite gesellschaftliche Bündnis« zeige, daß der Protest gegen die Freihandelsabkommen in vielen Teilen der Gesellschaft verankert sei. Mit einer EBI können Themen auf die Tagesordnung der EU-Kommission gesetzt werden, wenn es den Initiatoren gelingt, in einem Viertel der Mitgliedstaaten eine Million Unterschriften zu sammeln. Sie können jedoch keine Gesetze oder Verordnungen erzwingen.

Die mittlerweile abgelöste



EU-Kommission hatte »Stop TTIP« Mitte September mit der Begründung zurückgewiesen, ihr Verhandlungsmandat gehe nur den Rat, dem die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten angehören, etwas an, da die Verhandlungen mit den USA und Kanada »noch keine unmittelbaren Rechte und Pflichten« schaffen würden, berichtete Efler. Dieses Argument sei »absurd«, da dies- und jenseits des Atlantiks Hunderte Millionen Menschen von TTIP und CETA betroffen wären und es ungleich schwieriger sei, gegen ein hinter verschlossenen Türen bereits fertig ausgehandeltes Freihandelsabkommen vorzugehen. Wenn die Verträge ratifiziert seien, seien sie für alle EU-Staaten völkerrechtlich

bindend. Noch schlimmer sei das zweite Argument der EU-Kommission, eine EBI müsse »positiv formuliert« sein und könne sich nur für etwas aussprechen, nicht aber gegen etwas richten. »Stop TTIP« sieht die EU-Kommission in einem Interessenskonflikt, weil sie einerseits über die Zulassung von »Bürgerinitiativen« entscheiden darf, gleichzeitig aber auch Verhandlungsführerin für die EU ist.

»Alle sozialen, umwelt- und Verbraucherschutzpolitischen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte werden mit TTIP wieder in Frage gestellt«, hatte zuvor Blanche Weber vom Mouvement Ecologique in ihrer Ansprache gewarnt. »Wir lehnen diese Abkommen ab, weil sie noch im-

mer Sonderklagerechte für ausländische Investoren enthalten«, erklärte Weber. TTIP gehöre »op den Tipp«. Die Meco-Präsidentin zeigte sich zuversichtlich, daß die Klage vor dem EuGH Erfolg haben wird. Jedoch dauern Klagen vor dem höchsten EU-Gericht im Durchschnitt anderthalb Jahre. Es wird also noch dauern, bis klar ist, ob es ein Bürgerbegehren gegen die Freihandelsabkommen geben wird oder nicht. Bis dahin sollen weiter Unterschriften gesammelt werden.

oe

Unter anderem auf der Internetseite des OGBL kann man den Aufruf gegen TTIP und CETA unterzeichnen:

www.ogbl.lu/de/stoppons-le-ttip-et-le-ceta/

Journal
M. M. M.

Protest gegen TTIP

TTIP-Gegner reichen Klage bei EU-Gerichtshof ein



Die EU-Kommission hatte die Initiative im September zurückgewiesen

Foto: F. Pizzolante

LUXEMBURG Gegner des EU-US-Freihandelsabkommens TTIP haben Klage beim höchsten EU-Gericht eingelegt. Sie wenden sich gegen eine Entscheidung der EU-Kommission, wonach eine sogenannte Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP nicht zugelassen wird. Mit dabei war auch die luxemburgische Plattform gegen das Freihandelsabkommen mit den USA und mit Kanada. Vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) wollen die Gegner nun eine Zulassung der Bürgerinitiative erreichen.

Mit einer Europäischen Bürgerinitiative können Europäer Themen auf die Tagesordnung der EU-Kommission setzen. Sie benötigen dafür eine Million Unterschriften - Gesetze oder Verordnungen können sie allerdings nicht erzwingen. Die Kommission hatte die Anti-TTIP-Initiative im September mit der Begründung zurückgewiesen, deren Ziele gingen über das hinaus, was im Rahmen einer solchen Bürgerinitiative erreicht werden könne.

Konferenz am 19. November

Das geplante TTIP-Abkommen ist umstritten, da Umwelt- und Verbraucherschützer ein Absenken europäischer Standards befürchten. Die EU-Kommission, die die Verhandlungen im Auftrag der 28 Mitgliedstaaten führt, hatte hingegen mehrfach gesagt, dass es keine neuen Regelungen zum Schaden von Bürgern und Verbrauchern geben werde.

Die luxemburgische Plattform der TTIP-Gegner veranstaltet zusammen mit der Arbeitnehmerkammer (CSL) am kommenden Mittwoch, 19. November, eine öffentliche Konferenz über das transatlantische Freihandelsabkommen. Sie findet um 18.30 im Hotel Belle-Vue, 5 Av. Marie-Thérèse statt. Zu Gast ist Werner Raza, Leiter der österreichischen Forschungstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE). Thema des Abends: Die wirtschaftlichen Auswirkungen der TTIP. LJ/DPA

Quotidien M. M. 14

TTIP : manifestation et dépôt de plainte



Photo : Fabrizio Pizzolante

L'initiative citoyenne européenne «Stop TTIP» a déposé hier une plainte devant la Cour de justice de l'Union européenne. La plainte porte sur le refus de la Commission européenne de l'initiative, qui regroupe plus de 290 organisations à travers l'Europe.

La plateforme luxembourgeoise contre l'instauration d'un marché de libre-échange entre l'UE et les États-Unis fait partie de l'initiative citoyenne. Une manifestation a été organisée hier matin devant les portes de la Cour de justice (*photo*).